

Pakistan: Todesstrafe für jungen Christen

Ehsan Shan, ein pakistanischer Christ, wurde am 1. Juli 2024 von einem „Antiterrorismusgericht“ im ostpakistanischen Sahiwal wegen „Blasphemie“ zum Tode verurteilt. Zuvor hat er aber noch eine Geldstrafe von einer Million Rupien zu zahlen sowie 22 Jahre Haft abzusitzen.

Grund dafür ist das Verbreiten eines angeblich blasphemischen Social-Media-Posts gegen den Koran auf dem sozialen Medium TikTok, welche vom zuständigen Gericht als Auslöser für die Vorfälle vom August 2023 gilt. Damals wurden in einem christlichen Viertel in Jaranwala in Punjab mehr als 20 Kirchen von einem islamischen Mob verwüstet und mehr als 90 Häuser von Christen in Brand gesteckt. Die pakistanische Polizei hatte auf Nachrichtendienstinformationen gestützt einige der Blasphemie beschuldigte Personen verhaftet, darunter Ehsan Shan. Shan soll aber nicht der eigentliche Produzent des Posts sein, hat ihn aber weiterverbreitet. Laut einigen lokalen Vertretern christlicher Gemeinden wird der verurteilte Shan als Sündenbock missbraucht, während die für die Kirchenbrände verantwortlichen muslimischen Mobs nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

Der Fall entfacht erneut die Debatte über das Blasphemiegesetz und dessen Auswirkungen, was die dringende Notwendigkeit von Reformen in den Vordergrund rückt. Das Gesetz wird oft missbraucht, um persönliche Rechnungen zu begleichen. Zahlreiche Fälle zeigen, dass Christen, Hindus, Muslime und Ahmadis fälschlicherweise beschuldigt und inhaftiert werden, während einfache Anschuldigungen zu Massenunruhen und außegerichtlichen Hinrichtungen führen können.

(Quellen: <http://www.akm-online.info/25-01-2025-PAKISTAN>,
<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2024-07/pakistan-todesstrafe-junger-christ.html>)

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, Fax: 03018-17-3402,
E-Mail: buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Luise
Amtsberg, E-Mail: menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-
11011 Berlin, Fax: 030-227-36051, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de